



**Vier-Tore-Stadt Neubrandenburg
Ausschuss für Umwelt, Ordnung und Sicherheit**

29.03.2021

Niederschrift

**über die Sitzung des Ausschusses für Umwelt, Ordnung und Sicherheit am Montag,
29.03.2021**

Sitzungsort:

Neubrandenburg, Haus der Kultur und Bildung, Haus C, "Großer Seminarraum"
(Zugang Stargarder Straße, Eingang Regionalbibliothek)

Beginn: 17:02 Uhr

Ende: 19:08 Uhr

Unterbrechungen: 18:15 – 18:20

Öffentlicher Teil

TOP 1 Eröffnung und Begrüßung

Der Vorsitzende, Ratsherr **Schwanke**, eröffnet um 17:02 Uhr die 13. Sitzung des Ausschusses für Umwelt, Sicherheit und Ordnung und begrüßt alle Anwesenden.

TOP 2 Feststellung der Ordnungsmäßigkeit der Einladung, der Anwesenheit und der Beschlussfähigkeit

Ratsherr **Schwanke** stellt die Ordnungsmäßigkeit der Einladung und die Anwesenheit von 8 Ausschussmitgliedern fest. Die Beschlussfähigkeit ist gegeben.

TOP 3 Beschluss über die Niederschrift der 12. Sitzung des Ausschusses für Umwelt, Ordnung und Sicherheit am 22. Februar 2021

Die Niederschrift der 12. Sitzung wird bestätigt: 2 Stimmenthaltungen
6 Dafürstimmen

TOP 4 Informationen, Mitteilungen und Anfragen (öffentlich)

Ratsherr **Schwanke** begrüßt Herrn Raik **Lemke**, Geschäftsführer des DRK KV Neubrandenburg e. V.

TOP 4.1 Bäderdienst

Herr **Schmiedel**, Abteilungsleiter Ordnung, Verkehr und Gewerbe, bedankt sich bei Herrn Lemke, DRK, für die gute Zusammenarbeit. Die Mitarbeiter:innen des Ordnungsamtes im Bäderdienst werden jedes Jahr durch die DRK Wasserwacht bei der Bewachung der Strände unterstützt. Für die Saison 2020 waren 5.132 Einsatzstunden geplant, durch Verschiebung der Badesaison aufgrund der Corona-Pandemie kam es zu 3.250 Einsatzstunden. Es gab keine besonderen Vorkommnisse.

Die Wasserwacht unterstützt außerdem mit einem Rettungsboot und Sicherheitsstreifen auf dem Wasser. Das DRK hat die Vier-Tore-Stadt Neubrandenburg um eine Förderung für ein

neues Rettungsboot gebeten. Herr **Modemann**, Beigeordneter und 1. Stellvertreter des Oberbürgermeisters, Leiter Fachbereich Sicherheit und Ordnung, überreicht den Förderbescheid in Höhe von 10.000 Euro mit dem Aufruf, sich ehrenamtlich als Rettungsschwimmer bei der Wasserwacht zu engagieren.

Herr **Lemke** stellt die Wasserwacht vor und bedankt sich für die Förderung. Das jetzige Rettungsboot hat seinen Dienst getan. Mit der Förderung soll ein neues modernes Boot angeschafft werden. Herr **Lemke** unterstützt den Aufruf von Herrn **Modemann** zum ehrenamtlichen Engagement.

TOP 4.2 Aktuelle Situation Corona-Pandemie

Herr **Modemann**, Beigeordneter und 1. Stellvertreter des Oberbürgermeisters, Leiter Fachbereich Sicherheit und Ordnung, informiert, dass die Zahlen in der Vier-Tore-Stadt sprunghaft gestiegen sind, die Inzidenz ist aktuell bei 119. Die Landesregierung beriet am Wochenende 26./27.03.2021 auf dem MV-Gipfel zur aktuellen Corona-Lage. Man einigte sich auf die Strategie – „Testen – Impfen – Schützen“.

Für kostenlose Schnelltests gibt es in Neubrandenburg derzeit drei Zentren: Corona-Testzentrum in der Turmstraße 20, AWO-Migrationszentrum in der Demminer Straße 44 sowie Apotheke im Juri-Gagarin-Ring 31. Gegenwärtig wird durch die Vier-Tore-Stadt die Möglichkeit geprüft, die Räumlichkeiten im HKB – kleiner Saal – als weiteres Testzentrum zu nutzen. Für die Betreuung der Testzentren wird dringend Personal gesucht. Interessenten können sich gern beim DRK oder bei der Stadt, Herrn Füsting, melden.

Aktuell ist der Verlauf der Ansteckungen doch so stark, dass mit der Rücknahme von Öffnungen gerechnet werden muss. Die 42. Allgemeinverfügung des Landkreises Mecklenburgische Seenplatte (LK MSE) läuft zum 31.03.2021 aus. Hierin sind Regelungen von Maßnahmen zur regionalen Lockerung u. a. die Öffnung des Einzelhandels für den allgemeinen Kundenverkehr, enthalten.

Ratsherr **Dr. Northoff** erfragt die Kosten der Schnelltests. Herr **Modemann** erläutert, dass entsprechend dem Rahmenvertrag des Apothekerverbandes Mecklenburg-Vorpommern e. V. mit dem Ministerium für Wirtschaft, Arbeit und Gesundheit M-V der kostenlose Test wöchentlich entsprechend der Verordnung zum Anspruch auf Testung in Bezug auf einen direkten Erregernachweis des Coronavirus SARS-CoV-2 vom 8. März 2021 erfolgen kann. Die Terminvereinbarung erfolgt derzeit online. Je nach Standort können momentan 200 bzw. 300 Termine bearbeitet werden.

Ratsfrau **Kanew** ergänzt, dass nur für Menschen deutscher Staatsbürgerschaft die Tests kostenfrei sind. *Anmerkung: Eine Nachfrage bei der Schnelltestmanagerin des Landkreises Mecklenburgische Seenplatte hat folgendes ergeben: „Aus § 1 der Coronavirus-Testverordnung (TestV) des BMG ergibt sich zunächst, dass sowohl Versicherte der gesetzlichen Krankenversicherung (Abs. 1) als auch Nichtversicherte (Abs. 2) Anspruch auf Testungen auf das Coronavirus nach Maßgabe der TestV haben. Hinsichtlich des Bürgertests wird dies dahingehend konkretisiert, dass ein Anspruch dann besteht, wenn die Person darlegt, dass sie ihren Wohnsitz oder ihren gewöhnlichen Aufenthalt in der Bundesrepublik hat (§ 6 Abs. 2 Satz 1 Nr. 4 der TestV). Auf die Staatsbürgerschaft kommt es mithin nicht an.“*

Weiterhin wird angefragt, ob für zukünftige Sitzungen der Ausschüsse Testungen und ein Negativtest erforderlich sind. Herr **Modemann** hat dazu keine Informationen. Sollte es Änderungen geben, werden die Ratsfrauen und Ratsherren informiert. In der aktuellen Corona-LVO M-V gibt es keine Änderungen der Auflagen für Sitzungen kommunaler Gremien.

TOP 4.3 Einwegkunststoffverbotsverordnung

Einen aktuellen Stand gibt es momentan nicht, informiert Herr **Modemann**. Es bedarf der verwaltungsinternen Abstimmung mit dem Oberbürgermeister, da diese umweltpolitische Aufgabe für die Stadtverwaltung und die beteiligten Ausschüsse themenbezogen neu abgestimmt und Zuständigkeiten/Verantwortlichkeiten, Machbarkeit und die Förderung der Mehrwegidee neu geregelt werden sollte. Die Bemühungen des Fachbereiches Sicherheit und Ordnung und des Ausschusses für Umwelt, Ordnung und Sicherheit zur Umsetzung des Beschlusses Nr. 644/36/18 trugen bisher leider keine Früchte. Ein Entscheidungsvorschlag liegt dem Oberbürgermeister vor.

Ratsherr **Schwanke** fasst zusammen, dass der Ausschuss diese Information zu Kenntnis nimmt, die Ratsfrauen und Ratsherren jedoch insbesondere nach dieser langen Zeit seit der Beschlussfassung ein Ergebnis erwarten können.

TOP 4.4 Stadtverordnung zur Verbesserung der Sauberkeit und Sicherheit in der Stadt Neubrandenburg

Herr **Schmiedel** informiert, dass mit Datum 2. März 2021 dem Innenministerium der aktuelle Stand der Stadtverordnung übersandt wurde. Am 12. März 2021 gab es eine Reaktion des Ministeriums mit einem Fragenkatalog. Das Antwortschreiben ist am 26. März an das Innenministerium verschickt worden. Die Antwort des Innenministeriums wird kurzfristig erwartet. Ratsherr **Schwanke** weist darauf hin, dass die Stadtverordnung für das gesamte Stadtgebiet Neubrandenburg gilt. Die Nennung von besonderen Brennpunkten unter § 5 (Besondere Bestimmungen für Belvedere, Brodaer Strand und Aussichtsplattform Broda) dient dazu, mehr Ruhe in das Geschehen zu bekommen.

Die Gründung einer zeitweiligen „Arbeitsgruppe Kinder- und Jugendbeteiligung in Neubrandenburg“ ist erfolgt. Kinder und Jugendliche sollen stärker in die sie betreffenden Debatten einbezogen werden, dies gestaltet sich allerdings kompliziert.

Herr **Schmiedel** erläutert die Differenz der unter § 5 genannten unterschiedlichen Uhrzeiten – diese ergeben sich aus dem Denkmalstatus des Belvederes.

Ratsherr **Dr. Kirchhefer** erfragt, welche Fassung der Stadtverordnung an das Innenministerium verschickt wurde. In der letzten Sitzung des Ausschusses wurden einige Anregungen/Hinweise gegeben und die Verwaltung hatte den Auftrag, diese Hinweise zu prüfen. Die aktuelle Fassung der Stadtverordnung wird den Ratsfrauen und Ratsherren zur Verfügung gestellt, antwortet Herr **Schmiedel** (siehe Anlage zum Protokoll).

Die Uhrzeit für das Abspielen von elektronisch verstärkter Musik wurde bis 22 Uhr belassen, um die Nachtruhe der Anwohner entsprechend dem Bundesimmissionsschutzgesetz zu gewährleisten.

Ratsherr **Dr. Northoff** weist auf seine Hinweise zu Toiletten und Müllbehältern hin. Auch die Formulierung zum Wort „Anstand“ sollte Eingang in die Stadtverordnung finden. In der Stadtverordnung sollten Grenzen genau definiert werden.

Ratsfrau **Kanew** verliest einige an sie adressierte Schreiben: „Die schrittweise Verdrängung von Jugendlichen aus dem öffentlichen Raum“, Diskriminierung von „armen“ Menschen in der neuen Stadtverordnung, Stellungnahme des Alternativen Jugendzentrums Neubrandenburg zur neuen Stadtverordnung, Statements zur Stadtverordnung. Diese werden dem Protokoll als Anhang angefügt.

Der Vorsitzende, Ratsherr **Schwanke**, bestätigt, dass die Stadt Neubrandenburg zu wenig für ihre Jugendlichen tut. Die vor Jahren starke Trägerlandschaft ist nicht mehr vorhanden. Die Zuständigkeit wurde im Rahmen der Kreisgebietsreform an den LK MSE abgegeben.

Ratsherr **Schröder** merkt an, dass es aus von Vorteil gewesen wäre, den Mitgliedern des Ausschusses die Stadtverordnung vor Versand an das Innenministerium zur Verfügung zu stellen.

Die Stadtverordnung richtet sich an alle Bürger:innen. Beim Verhängen von Bußgeldern werden immer auch die Einkommensverhältnisse berücksichtigt. Die Sache sollte nicht zerredet und bei Bedarf nachgesteuert werden.

Ratsherr **Dr. Northoff** ergänzt, diese Statements müssen wir als Gesellschaft aushalten. Die Stadtverordnung sollte z. B. den Hinweis „Pfand gehört daneben“ – sh. Regelungen in anderen Städten - aufnehmen. Er bittet um Prüfung, ob konstruktive Vorschläge verfolgt werden können.

Herr **Modemann** erwidert, die Politik hat reagiert, die Frage und Herausforderung ist - wie kommen wir mit den Jugendlichen ins Gespräch? Eine Arbeitsgruppe Kinder- und Jugendbeteiligung wurde gegründet unter Beteiligung der Fraktionen der Vier-Tore-Stadt. Für den Brodaer Strand muss eine besondere Konzeption erarbeitet werden. Gerade wurde ein Beachvolleyballfeld geplant. In der aktuellen Corona-Situation gestalten sich Aktivitäten für Kinder und Jugendliche sehr schwierig.

Ratsherr **Dr. Kirchhefer**: Momentan werden bestimmte verschiedene Diskussionsstränge übereinandergelegt. Einerseits muss die bestehende Stadtverordnung wegen Ablauf ihrer Gültigkeit erneuert werden, wird aber durch die Situation Brodaer Strand/Belvedere/Aus-sichtsplattform überlappt. Dadurch kommt eine unglückliche Diskussion zustande. Diese Diskussionen stören einander.

Ratsherr **Schwanke** diskutiert die Definition „Anstand“. Der Oberbürgermeister ist verpflichtet, Regeln zu schaffen, für alle Bürger:innen der Stadt. Er steht zu dieser Stadtverordnung.

Ratsherr **Dr. Northoff** wiederholt seine Ausführungen aus der Sitzung vom 22.02.2021 - „wechselseitige Rücksichtnahme“ ist besser als der Begriff „Anstand“. Herr Schmiedel, führt dazu aus, dass der Begriff Anstand in „Gegenseitige Rücksichtnahme“ geändert wurde.

Ratsherr **Schwanke** wird die von Ratsfrau **Kanew** verlesenen Statements an die entsprechenden zuständigen Bereiche weiterleiten. Ratsfrau **Kanew** wird diese per E-Mail zur Verfügung stellen.

Von den anwesenden Gästen meldet sich eine junge Frau (Name unbekannt) zu Wort: Der Marktplatz der Stadt ist vermüllt – Neubrandenburg hat zu wenig Mülleimer.

Ratsherr **Schwanke** fasst die Diskussion zusammen – wir alle wollen eine saubere und schöne Stadt Neubrandenburg. Die Stadtverordnung ist im Innenministerium. Sie wurde abgestimmt. Wir sollten die Saison abwarten und die Situation ggf. neu bewerten.

Ratsherr **Dr. Kirchhefer** fragt nach, warum die Brücke Oberbach/Rostocker Straße (Höhe Luhmannvilla) – für den Radverkehr gesperrt ist. Dieser Bereich hat die höchste Radverkehrsdichte. Er äußert den Wunsch, eine andere Lösung zu finden, damit der Radverkehr fortgesetzt werden kann.

Antwort: Im Zeitraum vom 31.03. bis 30.04.2021 werden ca. 35 Groß- und Schwertransporte durch das Stadtgebiet Neubrandenburg geführt. Es handelt sich um das Baumaterial für Windkraftanlagen. Im Bereich Altentreptow entsteht ein neuer Windpark. Die Route der

Schwerlasttransporte führt innerhalb des Stadtgebietes von Küssow über den Friedrich-Engels-Ring, der Abfahrt Rostocker Straße bis zur Woggersiner Straße. Vom Friedrich-Engels-Ring erfolgt aufgrund der Überlänge der Fahrzeuge die Zufahrt in die Rostocker Straße über die stadteinwärts führenden Fahrspuren inklusive des vorhandenen Geh- und Radweges. Zum Schutz der Bausubstanz des Geh- und Radweges wurde dieser Bereich mit Stahlplatten belegt. Diese Stahlplatten bieten, insbesondere bei Feuchtigkeit, nicht die notwendige Haftung für fahrende Radfahrer:innen. Zum Schutz der Radfahrer:innen musste der Bereich entsprechend gesperrt werden

Weiter fragt Ratsherr **Dr. Kirchhefer** zur Fontäne im Tollensesee nach der Information des Oberbürgermeisters zur geplanten 2 h Lichtshow (auch mit Musikbegleitung). Ist dieser Light-einsatz im Zeitraum 20 – 22 Uhr –mit Naturschutzbehörde abgestimmt worden? Findet diese Show täglich statt?

Die Antwort wird erfragt und neuer TO auf der kommenden Sitzung.

Unterbrechung 18:15 – 18:20

TOP 5 Abstimmung über die Art der Durchführung der nächsten Sitzung des Ausschusses für Umwelt, Ordnung und Sicherheit

Der Vorsitzende erfragt die Meinungsbildung.

Ratsherr **Schröder** schlägt die Möglichkeit der Videokonferenz vor.

Herr **Modemann** informiert, dass Hybridsitzungen derzeit im Beratungsraum des HKB nicht technisch umsetzbar sind. Möglich sind aber reine Webex-Konferenzen.

Ratsfrau **Kanew** informiert, dass es in der AG Kinder- und Jugendbeteiligung gute Erfahrungen mit Videokonferenzen gibt und schlägt das Webex-Meeting vor.

Ratsherr **Dr. Kirchhefer** sieht ebenfalls keine andere Möglichkeit, als vorhandene Technik zu nutzen und Kontakte zu reduzieren. Er schlägt vor, die Präsenz der Sitzungen an die Inzidenzwerte zu binden - bei Inzidenz über 50 ist Webex-Meeting, unter 50 Präsenzsitzung.

Frau **Hohlfeld**, Sachkundige Einwohnerin, unterstützt den Vorschlag von Ratsherrn **Dr. Kirchhefer**.

Ratsfrau **Kanew** weist darauf hin, auch auf die Beteiligung der Öffentlichkeit zu achten.

Herr **Modemann** bestätigt, dass die Webex-Meetings gestreamt und somit die Öffentlichkeit beteiligt werden können.

Die Ausschussmitglieder einigen sich darauf, dass der Ausschuss in der kommenden Sitzung per Webex tagen wird.

TOP 6 Feststellung von Änderungsbedarf zur Tagesordnung

Es besteht kein Änderungsbedarf zur Tagesordnung.

TOP 7 Abhandlung der bestätigten Tagesordnung

Die Tagesordnung wird entsprechend bestätigt.

Abstimmung über die so geänderte Tagesordnung: 7 Dafürstimmen

TOP 8 Errichtung einer Gedenkstätte MfS Untersuchungshaftanstalt Neubrandenburg
Vorlage: BV/VII/0186

Ratsherr **Fanselow** gibt einleitende Informationen zur Vorlage.

Ratsherr **Dr. Kirchhefer** begrüßt, dass das Thema Gedenkstätten neu aufgelegt wird. Das Konzept von 2010 wurde überarbeitet und wird in anderen Ausschüssen diskutiert bzw. beraten.

Ratsherr **Dr. Northoff** ergänzt, man darf und sollte sich an diese Zeit deutscher Geschichte erinnern. Die Opfer sollten einbezogen werden, in welchem Umfang auch immer.

Abstimmung: einstimmig verwiesen

Der Vorsitzende stellt die Nichtöffentlichkeit her.

Die Sitzung schließt um 19:08 Uhr.

gez. Hans-Jürgen Schwanke
Ausschussvorsitzende/r

gez. Sylvana Rähder
Protokollant/in